

L-1

Beschluss

Meckern reicht uns nicht! - Jugendwahlprogramm der Jusos Sachsen

Wir als Jusos Sachsen kämpfen bei der Landtagswahl am 1. September, aber auch schon weit davor und danach, für ein gerechtes, nachhaltiges, offenes und junges Sachsen. Diese Auseinandersetzung führen wir aus grundlegender inhaltlicher Überzeugung. Die sehr fassbare Gefahr eines weiteren Rutschs nach Rechts und einer konservativ-völkischen Koalition bestärkt uns in unseren Auffassungen.

Ohne eine gestärkte SPD wird ein Wandel in vielen Themenbereichen nicht möglich sein. Dafür müssen wir natürlich mehr Menschen überzeugen, aber ohne einen Wandel bei der SPD selbst wird es auch nicht gehen. Der sozialdemokratische Teil der Staatsregierung und die Landtagsfraktion konnten in den vergangenen Jahren diverse spürbare Erfolge verbuchen: So werden endlich wieder mehr Lehrer*innen ausgebildet und endlich gibt es wieder sozialen Wohnungsbau. Nicht verhehlen möchten wir allerdings auch große Enttäuschungen wie das autoritär geprägte Polizeigesetz, das Scheitern eines neuen und progressiven Vergabegesetzes und die fehlende Stärkung der verfassten Studierendenschaft an den Hochschulen. Damit sich solche Fehler nicht wiederholen, braucht es zweierlei: mehr junge und linke Menschen in den Parlamenten und ein anderes Verständnis vom Regieren. Eine sächsische CDU kann schon aufgrund ihrer inhaltlichen Verortung niemals unsere Traumpartnerin sein. Die inhaltlichen Schnittmengen mit Linken und Grünen sind deutlich größer und für uns Orientierung und Verpflichtung für eine rot-rot-grüne Mehrheit jenseits der CDU im Freistaat zu kämpfen. Dafür werden sich die Jusos auch im Landtagswahlkampf weiterhin vehement einsetzen. Sollte es zahlenmäßig nach der Landtagswahl für ein solches Bündnis reichen, fordern wir alle drei Partner auf, dieses zu präferieren. Auch unabhängig von der Wahl muss die Zusammenarbeit zwischen Rot-Rot-Grün ausgebaut werden.

Eine grundlegende Entwicklung der Gesellschaft in Sachsen ist die wachsende Akzeptanz für rassistische sowie andere menschenfeindliche Einstellungen. Früher unsagbare Dinge, sind sagbar geworden. Die gesellschaftliche Gegenwehr gegen solche Geschehnisse nimmt hingegen nur langsam zu. Als Jusos haben wir Verständnis für viele Lebensgeschichten und daraus entstandenen Frust. Wofür wir in keiner Situation Verständnis haben: Äußerungen, die andere Menschen pauschal abwerten, sie in ihrer Würde angreifen und zur zunehmenden Akzeptanz von Feindseligkeit beitragen.

Ein zweiter grundlegender Befund ist das Versagen des kapitalistischen Marktes im Freistaat. In ländlichen Räumen hat sich der Staat zurückgezogen und das Spielfeld der Selbstregulierung des Marktes überlassen. Der freie Markt hat - wenig überraschend - diese Rolle nicht übernommen und sich auf profitable Bereiche konzentriert. Doch auch im städtischen Bereich zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht die Lösung für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse sein kann: Mieten steigen ins Unermessliche und der private Neubau stellt Angebote bereit, die sich nur sehr wenige wirklich leisten können.

Wir als Jusos Sachsen stellen beiden Entwicklungen etwas entgegen: Zum einen ein klares **Staatsversprechen**. Der Freistaat hat den Anspruch, gesellschaftliche notwendige Angebote flächendeckend vor Ort anzubieten, auch wenn es einer Marktlogik widersprechen mag. Zum anderen fordern wir eine **Offensive für Demokratie und Mitbestimmung**, die Prozesse vor Ort anstößt und gesellschaftliche Grundwerte endlich wieder stärker in die Breite trägt. Diese beiden Ziele finden sich in vielen unserer konkreten Forderungen wieder, für die wir bis zum 1. September streiten werden.

Für ein gerechtes Sachsen Sozialpolitik ist eine stetige staatliche Aufgabe die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Wir als Jusos sehen hier den Freistaat in zwei Rollen: Als Arbeitgeber*in ein Vorbild für den kapitalistischen Markt zu sein und im Rahmen der landespolitischen Kompetenzen für sozialpolitisch möglichst weitgehende Regelungen zu kämpfen, die den Marktmechanismen klare Grenzen aufzeigen. Wie weit Sachsen von diesem Anspruch noch entfernt ist, zeigen die in den letzten fünf Jahren in der Koalition mit der CDU gescheiterten Vorhaben: Wir haben heute eben kein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen wirklich verdient oder ein Vergabegesetz, was auf der Höhe der Zeit ist. Deshalb fordern wir:

- ein Vergabegesetz, das mindestens einen Landesmindestlohn von 12,00 € festlegt und sich weiterhin an Unternehmenskriterien von vorhandener Tarifbindung, einem hohen Anteil an Festangestellten und der Ablehnung von Leiharbeit sowie einer Übernahmegarantie für Azubis in allen beauftragten Unternehmen orientiert. Genauso fordern wir die Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien und deren strikte Einhaltung.
- eine verbindliche tarifliche Bezahlung, sofern eine Personalkostenförderung aus Landesmitteln z.B. im Sozialbereich in Anspruch genommen wird.
- den Freistaat Sachsen auf seinen Beamt*innen zukünftig auf Wunsch auch den Arbeitgeber*innenanteil für die gesetzliche Krankenversicherung zu erstatten und damit die Absicherung der gesetzlichen Krankenversicherung attraktiver zu machen.
- die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst des Freistaats und Schaffung modernerer Arbeitsplätze, flexibler Arbeitszeiten und guter Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst des Freistaats, um Arbeitnehmer*innen attraktive Optionen zu bieten sowie die besondere Unterstützung von Angestellten im öffentlichen Dienst, die gesellschaftlich benachteiligten Gruppen angehören, um die sächsische Verwaltung zu einem diversen Abbild der Gesellschaft zu entwickeln.
- den massiven Ausbau der mehrjährigen Förderung, um im sozialen Bereich zu einer deutlichen Steigerung der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse zu kommen.
- ein modernes Gleichstellungsgesetz, das den heutigen Herausforderungen gewachsen ist.

Sowohl die positiven Auswirkungen des Mindestlohns als auch die dauerhaft schlechte Tarifbindung in Sachsen zeigen, dass die Niedriglohnpolitik der CDU der letzten Jahrzehnte bis heute Spuren hinterlassen hat. Die SPD als Partnerin der Gewerkschaften ist in der Pflicht, eine Politik entgegenzusetzen, die die Rechte von Arbeitnehmer*innen in Sachsen schützt und nicht dem Markt dient. Der Freistaat Sachsen sollte daher alle Initiativen unterstützen, die auf Bundesebene zu einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen, Vermögen und Erbschaften führen. Die Ballung von immer Geldmitteln in den Händen weniger können wir nicht akzeptieren. Echte Umverteilung ist überfällig! Wir fordern mit Blick auf Sachsen weiterhin:

- die schnellstmögliche Gestaltung eines Branchentarifvertrags für den Pflegesektor gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen und ihren Vertretungen, wenn nötig auch als allgemein gültig erklärter Landestarifvertrag, denn Pflege ist uns mehr wert!
- die gesetzliche Verankerung der Möglichkeit eines mindestens 8-tägigen Bildungsurlaubs im Landesrecht. Im Zuge dessen muss es für Träger*innen von Bildungsarbeit leichter sein, als Partner*innen anerkannt zu werden und bürokratische Hürden gehören konsequent abgebaut.
- aktive Maßnahmen zur Förderung der Arbeitnehmer*innenvertretungen und JAVs, wie z.B. die Einführung eines verpflichtenden Gewerkschaftstages an Berufsschulen, um den Organisationsgrad im Freistaat zu erhöhen.
- eine Offenlegungspflicht der Arbeitgeber*innen im Bezug auf ihre Mitgliedschaften in Arbeitgeber*innenverbänden mit oder ohne tarifliche Bindung.
- die massive personelle Aufstockung des Zolls, um in der Lage zu sein, Unternehmen regelmäßigen Prüfungen zu unterziehen und Verstöße gegen Rechte von Arbeitnehmer*innen zu ahnden.

Wir Jusos vertreten die Interessen junger Menschen, die in Sachsen ihre Zukunft sehen wollen. Wir fordern darum:

- die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Ausbildung und Studium muss aktiv vom Staat befördert werden.
- die Gründung einer Landesgesellschaft für Digitalisierung: Wenn die Kommunen nicht in der Lage sind Breitbandausbau zu betreiben, muss sie der Freistaat unterstützen. Digitale Infrastruktur ist heute Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und Grundlage für die Ansiedlung von Unternehmen sowie Entwicklung des ländlichen Raums. Ziel ist es, dass bis 2024 jeder Haushalt nach dem Prinzip Fibre to the Home ans Glasfasernetz angeschlossen ist.

Das Recht auf **bezahlbaren Wohnraum** für alle ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört für uns zu den elementarsten sozialen Ansprüchen, die eine Gesellschaft bereitstellen muss. Der Freistaat Sachsen trägt hier Verantwortung für seine Bürger*innen und ist in der Verpflichtung noch stärker in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen. Auch in den wachsenden Großstädten muss für jede*n guter Wohnraum verfügbar sein - und zwar nicht nur in ausgewählten Quartieren, sondern in weiten Teilen der Stadt. Wir lehnen es ab, dass aus der Knappheit von Wohnraum Profit geschlagen wird und fordern deshalb:

- eine deutliche Aufstockung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau. Dabei wollen wir den Fokus auf die Neuschaffung bzw. Ausweitung von Wohnraum in kommunaler Hand einsetzen. Von privaten Bauherren errichtete und geförderte Wohnungen sollen zukünftig mindestens 25 statt 15 Jahre belegungs- und mietpreisgebunden sein. Bei der Vergabe von Landesfördermitteln wollen wir zukünftig die Mitbestimmung der Mieter*innen über sogenannte Mieter*innenbeiräte verpflichtend machen
- die gezielte Förderung von genossenschaftlichen Wohnkonzepten
- eine vergünstigte Weitergabe von Landesliegenschaften an die Kommunen, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen .
- die überfällige Einführung der Mietpreisbremse in Dresden und Leipzig sowie die Schaffung der landesrechtlichen Möglichkeiten zur Einführung eines Mietendeckels in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt
- die Einführung eines Zweckentfremdungsverbot, um Wohnraum für seinen eigentlichen Zweck zu erhalten.
- ein Sonderprogramm studentisches Wohnen, mit dem die Studierendenwerke bei der Erhaltung und Schaffung von studentischen Wohnraum unterstützt werden. Ebenso wollen wir die Kommunen und Landkreise bei der Schaffung von Azubi-Wohnheimen unterstützen.

Für ein nachhaltiges Sachsen Obwohl die verkehrs- und umweltpolitischen Vorzeichen klar sind, ist das Auto auch im Jahr 2019 immernoch das meistgenutzte Verkehrsmittel in Sachsen. Vielerorts mangelt es an tatsächlich attraktiv nutzbaren Alternativen, die Menschen dazu bewegen, vermehrt das Rad oder den ÖPNV zu nutzen. Dabei bietet Sachsen mit einem einstmalig dichten Schiennetz und der größten Bevölkerungsdichte der fünf ostdeutschen Flächenländer gute Voraussetzungen für eine andere Organisation der **Mobilität**. Eine Verkehrswende ist für uns aber nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit, um wirklich allen Menschen bezahlbare Mobilität zu gewährleisten. Die Bereitstellung dieser Angebote ist dabei klare Aufgabe des Freistaats, der hier seine Verantwortung annehmen muss. Die gerechte Versorgung aller Bürger*innen muss das eindeutige Ziel sein, nicht das Messen an wirtschaftlichen Kriterien. Das bedeutet für uns:

- Wir wollen ein echtes kostenfreies Bildungsticket für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und junge Menschen in Freiwilligendiensten, das landesweit einheitlich zu einem günstigen Preis vertrieben wird und tatsächlich auch im kompletten sächsischen ÖPNV gültig ist
- Wir wollen das Chaos der Zweckverbände überwinden und einen landesweit durchgängigen Tarif im kompletten Nahverkehr schaffen. Daher soll zumindest der Schienenverkehr und überregional bedeutsame Buslinien durch eine neu zu gründende Landesnahverkehrsgesellschaft organisiert werden. Diese Gesellschaft sollte mit der Koordination eines Sachsentaktes beauftragt werden, der tatsächlich kurze Umsteigezeiten und gute Verknüpfungen zwischen Bus und Bahn bietet. Insbesondere beim Weg in die großen Oberzentren Sachsens gibt es hier noch einige Verbesserungsmöglichkeiten. Dadurch können ländliche Räume an die S-Bahn-Systeme angebunden und wieder attraktiver werden.
- Der Freistaat Sachsen muss dem Vorbild anderer Bundesländer folgen und in erheblichem Maße eigene Landesmittel für die Bestellung von Nahverkehr bereitstellen. Eine Verdopplung der ÖPNV-Nutzung kann nur mit einem erheblichen Angebotsausbau gelingen. Dazu braucht es dichtere Takte auf den Hauptachsen und die Reaktivierung einst stillgelegter Bahnstrecken. Aber auch der Komfort ist entscheidend: Barrierefreiheit, gut ausgestattete Haltestellen und WLAN sind für uns kein Luxus, sondern unverzichtbarer Teil eines Nahverkehrs, der tatsächlich eine Alternative zum Auto ist. Mit der Erhöhung der Landesmittel wollen wir nicht nur die Infrastruktur ertüchtigen und den Fuhrpark modernisieren, sondern auch bezahlbare Ticketpreise einführen. Wir werden das 365 € Ticket als Jahresticket einführen, welches zunächst nur in den jeweiligen Verkehrsverbänden gilt. Perspektivisch wollen wir das 365 € Ticket sachsenweit - im Rahmen der Landesverkehrsgesellschaft - einführen.

- Flexible Bedienformen oder Bürgerbuskonzepte können für manche insbesondere ländliche Bereiche eine gute Ergänzung sein, allerdings sehen wir darin keinen Ersatz für einen ordentlichen und vertakteten ÖPNV, der ordentlich entlohnt wird.
- Anstelle weiterer Autobahnausbauten wollen wir einen Fokus auf die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene legen. Bedingung dafür, aber auch bessere Nahverkehrs- und Fernverkehrsverbindungen, ist u.a. auch die Elektrifizierung von Bahnstrecken z.B. nach Görlitz
- Wir wollen Anreize setzen, damit Kommunen Straßen und Parkplätze für andere Verkehrsträger oder verkehrsfremde Nutzungen zurückbauen.
- Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, um so eine selbst bestimmte nachhaltige Mobilitätswende in den sächsischen Kommunen zu ermöglichen. Die kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen sollen mehr Freiheiten in der konkreten Ausgestaltung der Kommunalen Abgaben ermöglicht werden, um die Lenkungswirkung kommunaler Abgaben für die Transformation der Mobilität zu nutzen. Ziel ist es auf Landesebene die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit indirekte Nutznießer*innen wie Immobilieneigentümer*innen und Arbeitgeber*innen an der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs beteiligt werden können.
- Unser Ziel eine soziale Durchmischung der Stadtteile sicherzustellen wird sich langfristig jedoch nicht allein mit Förderung von Neubau und Preisbindung nicht erreichen. Schon jetzt ist in den Zentren Bauland knapp und wir wollen auch das verbliebene Grün in der Stadt erhalten so das Neubau an Grenzen stoßen wird. Preisbindung ist stets auch nur eine Lösung auf Zeit. Deshalb müssen wir einen marktrelevanten Teil des Wohnungsmarkts dem Spiel der Märkte entziehen. Wo noch bebaubare Grundstücke in öffentlicher Hand sind, soll daher grundsätzlich durch die öffentliche Hand selbst oder durch gemeinwohlorientierte Träger gebaut werden. Soweit andere Maßnahmen nicht greifen und die Vergesellschaftung von Großvermieter*innen unterhalb des Verkehrswertes rechtlich möglich ist sehen wir darin ein probates Mittel, um die Preisspielerale zu stoppen und eine langfristig gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Mietmarktes sicherzustellen.

Der Klimawandel gehört zudrängendsten Probleme unserer Zeit. Uns ist klar, dass wir die **Gesundheit unseres Planeten und unserer Umwelt** aktiv schützen müssen. Deshalb betrachten wir Klimaschutz und Umweltschutz als Querschnittsthemen und bekennen uns klar zu den Klimazielen von Paris. Der Erhalt von Arbeitsplätzen kann niemals Begründung dafür sein die Energiewende zu verschleppen! Wir fordern einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohlewirtschaft in Sachsen bis spätestens und darüber hinaus einen genauen Plan für den Strukturwandel in den Abbaugebieten! Wir lassen die Angestellten in den Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlerevieren nicht allein. Zum konsequenten Ausbau erneuerbarer Energie, um zum Erreichen des Pariser Klimaziels beizutragen, müssen der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne angepasst werden. In allen vier Planungsregionen sollten die Vorrang- und Eignungsflächen erhöht werden. Hierbei dürfen geltende raumrelevante Kriterien (flächensparend, effizient und umweltverträglich) nicht durchbrochen werden, dennoch ist ein gezielter Ausbau nur möglich, wenn der Flächenanteil erhöht wird. Weiterhin fordern wir ein durchdachtes und ausgewogenes Konzept der Technologieförderung neuer Energiekonzepte. Der UN-Bericht zum Artensterben 2019 hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Auch in Sachsen müssen aktiv Maßnahmen zum **Schutz von Tier- und Pflanzenarten** ergriffen werden, besonders zum Schutz ihrer Lebensräume. Etwa durch vermehrte politische Unterstützung von Streuobstwiesen, der Renaturierung von Mooren, selbstverständlicher Heckenbau zwischen Feldern und der Förderung von Mischwäldern statt Fichtenmonoforsten. Die Landwirtschaft in Sachsen muss stärker auf ökologischen Landbau und weniger auf Monokulturen setzen. Nur so sind lebendige Felder möglich, denn wir verstehen Felder als Lebensräume von unterschiedlichsten Tier- und Pflanzenarten. Den Einsatz von genetisch verändertem Saatgut und umstrittenen Unkrautvernichtern wie Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat lehnen wir grundsätzlich ab. Als Jusos Sachsen setzen wir uns dafür ein:

- jede Flächenversiegelung, etwa durch neue Ortsumgehungsstraßen oder ausufernde Gewerbegebiete, umfassend und unter ökologischen Aspekten zu durchdenken. Sachsen hat überdurchschnittlich fruchtbare und so wertvolle Böden. Wir brauchen auch verstärkte Initiativen zur Entsiegelung von Brachflächen.
- die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu ökologischeren, umweltschonenderen Alternativen.
- Gemeinschaftsgärten, Landwirtschaft nach dem Solidaritätsprinzip, Schrebergärten usw. zu unterstützen und zu verbreiten.

- gegen die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 i. 1581 V. mit § 44) in Bezug auf den Wolf und für die Streichung des Wolfes aus dem sächsischen Jagdgesetz. Der Wolf gehört für uns zur sächsischen Natur dazu und wir freuen uns, dass er nach so langer Zeit wieder bei uns heimisch geworden ist.
- für die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern. Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen zu erhöhen.
- eine Initiative für ein Bewusstsein um unsere Nahrungsmittel zu unterstützen und schulische und außerschulische Bildungsangebote auszubauen und so eine Änderung für mehr Qualität statt Quantität in der Gesellschaft zu befördern.
- für ein Verbot der Vergabe von Reserveantibiotikum an landwirtschaftlich gehaltene Nutztiere im Freistaat Sachsen.
- die Entwicklung einer Strategie zur Errichtung einer echten Kreislaufwirtschaft bis 2050. Das Ziel ist die Sicherstellung der vollständigen Wiederverwertbarkeit aller Produkte nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer.
- die Kommunen anzuregen, Zirkussen mit Wildtieren keine kommunalen Standflächen zur Verfügung zu stellen. Wir sind überzeugt, dass eine art- und tierschutzgerechte Haltung von Wildtieren aller Art durch Zirkusse nicht möglich ist und die Nutzung dieser für Darbietungen des Bühnenprogramms generell abzulehnen ist.

Für ein junges Sachsen Der bildungspolitische Bereich war eine der zentralen Baustellen in der Arbeit der schwarz-roten Koalition. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat insbesondere im Bereich **Bildung** hart gekämpft und einiges erreicht. Das Stoppen der Kürzungspolitik von CDU und FDP war der erste notwendige und wichtige Schritt, besonders für die Bildungspolitik. Das Schaffen von 5.000 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, sowie die gleiche Lohnengruppierung für alle, egal an welcher Schulart eingesetzt, waren extrem wichtige Maßnahmen und auch Positionen der Jusos Sachsen, die somit umgesetzt wurden. Auch der Einsatz für das Landesprogramm Schulsozialarbeit und die Verdoppelung der Mittel für Ganztagsangebote sind absolut in unserem Sinne gewesen. Sich in den kommenden fünf Jahren auf dem Erreichten auszuruhen, wäre mit Blick auf die anstehenden Aufgaben im Bildungsbereich fatal. Die Bildungspolitik in Sachsen ist noch weit davon entfernt wirklich gerecht zu sein und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und Möglichkeiten zu bieten. Wir fordern deshalb:

- Bildung muss kostenlos sein! Wir Jusos fordern die absolute Kostenfreiheit, von der Krippe bis zum Meister- oder Masterabschluss! Ein erster wichtiger Schritt wird sein, die Hortgebühren abzuschaffen. Auch bei der freien Bereitstellung von Lehrmitteln sehen wir nach wie vor Nachholbedarf.
- das Bildungsministerium gehört in sozialdemokratische Hände! Fast 30 Jahre CDU-Herrschaft in diesem Bereich haben unübersehbare Spuren hinterlassen. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, braucht es nicht nur Koalitionsverträge und Vereinbarungen, sondern auch konkrete Mittel, um Inhalte auch umzusetzen.
- eine generelle Überarbeitung der Lehrpläne aller Schulformen! Wir müssen dafür sorgen, dass Vertreter*innen aus Praxis, Wissenschaft und Verwaltung gemeinsam über die Bildungsziele und Schwerpunkte neu beraten. Insbesondere die politische Bildung muss an sächsischen Schulen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Nur so wirken wir Demokratieverdrossenheit und rechtem Gedankengut früh und effektiv entgegen.
- neben einer Erneuerung der Lerninhalte brauchen wir eine Revolution der Lernkultur! Binnendifferenzierter Unterricht, individuelle Rückmeldungen statt oder notfalls ergänzend zu Schulnoten, Methodenvielfalt und Bewegungsförderung lauten unter anderem die Stichworte hierfür.
- langfristig ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule als einziges Schulmodell! Das gegliederte Schulsystem ist unsolidarisch und entspricht nicht unserer Vorstellung einer generell klassenlosen Gesellschaft. Die Einführung der Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulform wäre ein wichtiges und überfälliges Signal, allerdings ist es für uns nur ein Zwischenschritt.

- die Etablierung eines Bewerber*innen-orientierten Einstellungsverfahrens für Lehrkräfte mit schulscharfen Ausschreibungen.
- das Festhalten am Ziel der Lehrerbedarfsplanung die Pflichtstundenzeit für Lehrkräfte auf 23 Stunden zu verringern. Damit entlasten wir nicht nur die Lehrer*innen sondern machen den Beruf auch gleichzeitig attraktiver und heben die Chance in Zukunft den Lehrer*innen Mangel künftig ganz zu unterbinden.
- Der Ganztagsanspruch im Grundschulalter soll zeitnah realisiert werden! Gleichzeitig muss sich die künftige SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag für weitere finanzielle Unterstützung der Schulträger einsetzen um ausreichende und abwechslungsreiche Ganztagsangebote auch realisieren zu können. Bildung und Entwicklung finden nicht nur im Unterricht statt und Schulen sind keine bloßen Bildungseinrichtungen.
- Der Besuch in einer Holocaustgedenkstätte soll endlich Pflicht werden und fest in den Lehrplänen verankert werden! Neben politischer Bildung ist die direkte Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte eine notwendige Maßnahme gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
- Die Schulabbrecherquote muss reduziert werden! Wir fordern daher einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit unter der Einbeziehung der Jugendhilfe!
- die Aufstellung eines Schulnetzes für die berufliche Bildung.
- die Fortschreibung der „Weiterbildungsstrategie Sachsen“ sowie die Novelle des Weiterbildungsgesetzes und die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes.
- ein echtes Konzept für die Digitalisierung an sächsischen Schulen, das über die Versorgung mit Glasfaser bis 2021 hinaus geht. Es gibt immer noch Schulen in Sachsen, denen einfachste technische Geräte fehlen. Die Schulträger müssen weiter dabei unterstützt werden die Schulen ausreichend auszustatten. Zentral ist für uns aber nicht nur die Anschaffung neuer Technik, sondern auch die sinnvolle Berücksichtigung digitaler Lehrmethoden in die schon beschriebene Überarbeitung der Lehrpläne.
- Das Herabsetzen des Betreuungsschlüssels muss weitergehen. Die bisherigen Änderungen waren ein wichtiger Schritt, bringen aber noch keine spürbare Verbesserung. Wir fordern die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels mindestens auf 1:4 (Krippe), 1: 10 (KiTa) und 1:18 (Hort)!
- Eine echte Reform des Erzieher*in-Berufes zum Beispiel dahingehend, dass eine Ausbildung auch direkt ab Schulabschluss möglich ist sowie die Absicherung der erforderlichen Kapazitäten in der beruflichen und akademischen Ausbildung.
- Kostenfreiheit in der Bildung heißt auch keine KiTa-Gebühren. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen nicht nur qualitativ gute Kindertagesstätten hat, sondern diese auch kostenfrei sind. Andere Bundesländer gehen bereits mit gutem Vorbild voran, Sachsen muss nachziehen! Selbstverständlich muss auch die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich - heute zumeist im Hort realisiert - gebührenfrei werden.

Wir Jusos begrüßen ausdrücklich den Richtungswechsel, der in den vergangenen 5 Jahren in der **Hochschulpolitik** stattgefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass der Personalabbau an sächsischen Hochschulen gestoppt wurde und es mit der Hochschulentwicklungsplanung nun eine gute Grundlage gibt, auf der aufgebaut und geplant werden kann. Auch für Studierende gilt: Gleiche Chancen und Möglichkeiten für Alle! Ob, wie lange und was man studiert, darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Für die kommenden Jahre fordern wir Jusos:

- die sächsischen Hochschulen und ihre Studiengänge müssen erhalten werden und darüber hinaus neue Studienplätze geschaffen werden! Insbesondere der künstlich geschaffene Deckel von 95.000 Studierenden in der Hochschulentwicklungsplanung muss aufgehoben werden.
- die Hebung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter Einbezug der neuen Bund-Länder-Pakte im Wissenschaftsbereich!
- Das Recht auf ergänzend gebührenfreies Studium muss gesetzlich festgeschrieben werden. Langzeitgebühren lehnen wir ab.

- Eine Neuordnung des Zulassungsverfahrens über die Initiative zu einem neuen Bundes-Hochschulzulassungsgesetz und wenigstens einem novellierten Staatsvertrag zur Hochschulzulassung.
- die Zulassung für Menschen mit Beeinträchtigung, ausländischen Studierenden und Staatenlosen muss über Vorab-Quoten möglich gemacht werden.
- die Umsetzung des Masterplans „Medizin 2020“ unter Berücksichtigung der kritischen Beleuchtung des BMVD sowie eine Aktualisierung der Gesetze für die Hochschulmedizin!
- die Wiederherstellung der automatischen Mitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft. Nur wenn alle Studierenden ihren solidarischen Beitrag leisten, kann die studentische Selbstverwaltung ihre Aufgaben effektiv und im Sinne der Studierenden erfüllen.
- Ziel der nächsten Legislaturperiode ist die umfassende Reform des Hochschulfreiheitsgesetzes mit der Zielsetzung restriktive Maßnahmen weitestgehend zurückzubauen.
- Zur Umsetzung der zuvor genannten Ziele muss die studentische Rolle in den Hochschulgremien gestärkt werden. In Berücksichtigung der Größe der Statusgruppe der Studierenden erscheint eine paritätische Zusammensetzung nach Vorbild des Verwaltungsrats des Studierendenwerks in allen Gremien der Hochschule als sinnvoll.

Auch im Bereich der **Kinder- und Jugendpolitik** haben wir in Sachsen noch sehr viel Arbeit vor uns. Besonders in diesem Bereich ist es wichtig Wert auf Gerechtigkeit und Solidarität zu legen. Wir Jusos kämpfen für Chancengleichheit, für die Beseitigung sozialer Schranken und dafür kein Kind zurück zu lassen. Ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung war u.a. die Anhebung der Jugendpauschale und die Verdoppelung der Förderung für Jugendverbandsarbeit. Für uns steht jedoch fest, dass es nicht ausreicht Kinder und Jugendliche nur zu unterstützen. Wir wollen, dass sie aktiv beteiligt werden und über politische Entscheidungen nicht nur mitreden können sondern auch, dass sie gehört werden und mitentscheiden dürfen. Wir fordern deshalb:

- Eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechts für Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen auf das Mindestalter von 14 Jahren. Außerdem sollen Strukturen erarbeitet werden, inwiefern eine barrierefreie Einschreibung ins Wähler*innenverzeichnis vor dem vollendeten 14. Lebensjahr erarbeitet werden kann. Ebenso soll sich Sachsen im Bundesrat und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen im Bundestag, für eine Initiative zum Herabsetzen des Wahlalters auf Bundesebene stark machen.
- Die Arbeitsbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden. So unterstützen wir u.a. das Vorhaben der SPD Sachsen die mehrjährigen Finanzierungen für die Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich möglich zu machen und damit für mehr Planungssicherheit zu sorgen.
- Die 2010 unter Schwarz-Gelb massiv gekürzte Jugendpauschale muss endlich auf ein angemessenes Niveau von mindestens 15 Euro erhöht werden.
- Die Erreichten finanziellen Mittel u.a. für die Schulsozialarbeit sind ein wichtiger Schritt, sie dürfen uns aber nicht zufrieden stellen. Die SPD muss weiter dafür sorgen, dass bei den Belangen von Kindern und Jugendlichen nicht gespart wird.
- Auch über die Senkung des Wahlalters hinaus müssen Jugendliche mehr beteiligt werden. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass schon in den Kommunen, z.B. über Jugendparlament oder Jugendbeiräte, sich junge Menschen aktiv in die politischen Diskussionen und Entscheidungen einbringen können.

Für ein offenes Sachsen Nicht erst seit den Ausschreitungen in Chemnitz im vergangenen Jahr steht Sachsen in Deutschland symbolisch für rechte Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung. Die Bekämpfung von rechten Strukturen sollte daher unsere oberste Priorität sein. Die letzten vier Jahre haben gezeigt: mit der CDU Sachsen ist das nicht zu machen. Dies hat sich nicht zuletzt in der fehlenden Stellungnahme von MP Kretschmer zu dem Aufmarsch mehrerer hundert Neonazis am 1. Mai in Plauen gezeigt. Das gemeinsame Behindern der Aufmärsche von rechten, rassistischen und nationalistischen Gruppierungen ist eine Form politischer Partizipation. Der ständige Kriminalisierungsversuch von friedlichen Protesten durch Ordnungsbehörde, Polizei und Verfassungsschutz ist für uns nicht tragbar. Wir wenden uns konsequent gegen jede Form der Diskriminierung sowie Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Sexismus und Chauvinismus, egal von wem sie ausgeht. Wir fordern stattdessen:

- die strukturelle Stärkung und finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen mit ihren zahlreichen, diversen Projekten in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung, Ausstiegshilfen, Beratung, in der Netzwerk- und Infrastrukturentwicklung und in der Opferhilfe.
- mehr Programme der schulischen und freien Bildungsarbeit gegen Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Sexismus und andere nazistische Einstellungsmuster, auch durch Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, gegen Rechtsradikalismus.
- Politische Bildungsarbeit darf nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen des Verfassungsschutzes beeinflusst werden, sondern muss von der Zivilgesellschaft selbst getragen werden!
- den Einsatz für die Etablierung einer Bundesstiftung zur Demokratieförderung.
- die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten zu stärken und für bessere Bedingungen in den Unterkünften zu sorgen. Wir stehen zu unserer Ablehnung von Ankerzentren und Konzepten gleicher Intention. Sachsen soll auch weiterhin Geflüchtete aufnehmen und dezentral unterbringen.
- die Abschaffung des Sächsischen Verfassungsschutzes in seiner bisherigen Form. Nicht erst mit dem Auffliegen des NSU-Skandals hat der Sächsische VS seine Unfähigkeit bewiesen, die in Sachsen durch Rechte Strukturen herrschende Bedrohungslage korrekt einzuschätzen. Durch den neuesten Verfassungsschutzbericht, in dem ein Demokratiekonzert in Chemnitz mit zehntausenden Besucher*innen im Bereich Linksextremismus erwähnt wird, wichtige Akteur*innen des Rechtsextremismus aber komplett fehlen, hat der Sächsische Verfassungsschutz erneut bewiesen, dass bei ihm nach der Devise "rechts wegschauen, links draufhauen" agiert wird. Wir fordern stattdessen die Etablierung eines Instituts, an dem nach wissenschaftlichen Methoden "Früherkennung" von Bedrohungen der Demokratie geleistet wird. An diesem Institut sollen auch zivilgesellschaftliche Initiative beteiligt werden.
- Sächsische Kommunen zu Sicheren Häfen zu machen zum Beispiel durch die Aufnahme von zusätzlichen aus Seenot geretteten Menschen und durch Solidarisierung mit Seenotrettung.

Wie offen und partizipativ ein Bundesland ist, entscheidet sich aber nur nicht beim Umgang z.B. mit Demonstrationen, sondern auch beim staatlichen Handeln in anderen Bereichen. Wir als Jusos Sachsen wollen Demokratie und Mitbestimmung fassbar machen und gesellschaftliche Grundwerte wieder stärker in die Breite tragen. Ein Staat sollte nicht nur einfach Angebote bereitstellen, sondern den Menschen vor Ort Partizipation bei der konkreten Aufgestaltung anbieten und dies sogar einfordern. Wenn es beispielsweise im Dorf an einer Einkaufsgelegenheit fehlt, könnte der Freistaat die Gründung entsprechender Genossenschaften gezielt fördern und dadurch zu einem partizipativeren Gemeinwesen beitragen. Wir fordern weiterhin:

- den unverzüglichen Beschluss eines sächsischen Informationsfreiheitsgesetzes. Bürger*innen müssen endlich auch im Freistaat einen grundsätzlichen Rechtsanspruch darauf haben, in erweiterter Maße Informationen über die Arbeit der Verwaltung zu erhalten. Dieses Informationsfreiheitsgesetz muss anschließend fortdauernd evaluiert und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen Schritt für Schritt zu einem Transparenzgesetz fortentwickelt werden.
- Gemeinderäte und Stadträte zu verpflichten, Beschlussvorlagen, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden vorab an geeigneter Stelle zu veröffentlichen, um eine breite Diskussion öffentlichkeitswirksamer Themen zu ermöglichen.
- den schnellen Ausbau von E-Government-Angeboten in den sächsischen Verwaltungen aller Ebenen.
- mehr Geld für Gerichte und Staatsanwaltschaften, denn Verfahren nehmen immernoch zu viel Zeit in Anspruch. Dafür müssen genauso die Behörden modernisiert und digitalisiert werden sowie massiv Richter*innen, Staatsanwält*innen und weiteres Personal eingestellt werden. Um die Attraktivität des Richter*innenamtes und der Staatsanwaltschaft zu erhöhen, sollen Richter*innen auf Probe nicht mehr unentwegt versetzt werden.

Auch durch das sächsische Polizeigesetz und die damit verbundene Unterstützung der christdemokratischen Law & Order-Politik hat sich die sächsische SPD in den vergangenen Jahren an massiven Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte beteiligt. Wir wollen eine Polizei als Freundin und Helferin. Wir wünschen uns eine integrative Polizeiarbeit und Polizist*innen, welche nicht von Überstunden und einem massiven Mangel an Kolleg*innen geplagt sind. Wir wollen aufgeklärte, entspannte und vertrauensvolle Polizist*innen. Als Jusos Sachsen fordern wir deshalb weiterhin:

- keine Ausweitung der Überwachungs- und Eingriffskompetenzen, bei realen oder konstruierten Gefahrenlagen. Sicherheit darf nicht gegen die Freiheit ausgespielt werden.
- die Verhinderung der Aufrüstung der Polizei mit militärischen Geräten, wie z.B. Maschinengewehren oder Handgranaten. Auch Bodycams sollen nicht zur Ausrüstung der sächsischen Polizei gehören.
- Abbau der Videoüberwachung und Gesichtserkennung.
- eine verpflichtende alphanumerische Kennzeichnungspflicht für alle Polizist*innen in Sachsen. Dazu zählen für uns auch Beamt*innen, die bei Großeinsätzen aus anderen Bundesländern hinzugezogen werden.
- Die integrative Polizeiarbeit soll und muss in den Fokus gerückt werden.
- Es braucht eine unabhängige Beschwerdestelle mit eigenen Ermittlungskompetenzen.
- das feste Eingliedern von politischer, demokratischer und antidiskriminierender Bildung in die Ausbildung und den Dienst bei der Polizei. Die Polizist*innen müssen weiterhin regelmäßig zu jeglichen Formen von rechtsradikalen Gedankengut und Gewaltformen geschult werden. Damit verbunden ist ein konsequentes Durchgreifen gegen antidemokratische, rassistische und sonstige rechte Einstellungen bei der Polizei und in anderen Behörden.
- die vorgesehene Abschaffung der Wachpolizei, wie im 'Sächsischen Wachpolizeidienstgesetz' in §12 zum 31. Dezember 2020 beschrieben.

Eine **moderne Drogenpolitik** erkennt die komplexe Lebenssituation von abhängigen Konsument*innen an. Sie bietet eine verzahnte Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik als Lösungen eines gesellschaftlichen Problems. Die sächsische Drogenpolitik setzt auf drei Säulen: Prävention durch Information, Beratung und Behandlung sowie Repression. Dabei wird der zukünftige Handlungsdruck auf kommunaler Ebene verkannt. Während landesweit gegen die illegale Einfuhr und Schmuggel von Drogen vorgegangen wird, stehen besonders die Ballungszentren in Sachsen vor einer weiteren ordnungspolitischen Trendwende. Kommunen sollten deshalb motiviert werden die akzeptierende Drogenarbeit als bereits anerkannten Bestandteil der öffentlichen Drogenhilfe auszubauen und somit das bisherige Drogenhilfesystem sinnvoll ergänzen. Daher fordern wir:

- eine Rechtsverordnung nach § 10a des Betäubungsmittelgesetzes zu erlassen, in der Drogenkonsumräume inklusive Drug-Checking erlaubt und eingeführt werden dürfen um somit die Überlebens- und Ausstiegshilfen für die Klient*innen zu erweitern, indem gesundheitliche Risiken überwacht sowie konsumbezogene Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit zu minimieren. Dazu gehört auch das Festhalten von Maßstäben zur Ausstattung, Qualität und Umfang des Angebots auf Grund neuester Erkenntnisse zu treffen und sich konzeptionell an Bundesländern zu orientieren, die schon mehrjährige Erfahrung gemacht haben sowie die Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten zum Betrieb der Drogenkonsumräume nach der Richtlinie Psychiatrie und Suchthilfe.
- in Sachsen die Definition des "Eigenverbrauch in geringer Menge" beim Konsum von (noch) illegalen Drogen anzupassen und die Freimenge z.B. bei Cannabis nach dem Vorbild von Berlin auf 15 Gramm anzubeden.
- Öffentliche Institutionen und Gremien dazu auf die Förderung, Finanzierung sowie Kostenerstattung von Medikamenten an deren wissenschaftlich nachweisbare Wirksamkeit zu knüpfen. Eine Ausnahme für homöopathische Produkte soll nicht ermöglicht werden.

Wir sprechen uns für eine konsequentere Umsetzung des 10-Punkte-Plans zur „Prävention und Bekämpfung des Crystal Meth-Konsums“ der Landesregierung Sachsen aus. Hilfesuchenden Menschen muss adäquat und schnell geholfen werden. Im Einzelnen fordern die Jusos Sachsen:

- die Erhöhung der Ausgaben für Straßensozialarbeit und mobile Jugendarbeit.

- die Schaffung geeigneter Therapieplätze für Eltern mit Kindern.
- die Erhöhung der Therapieplätze in Justizvollzugsanstalten, auch im Bereich des Frauenvollzugs.

Sachsen lebt von seiner aktiven Vereinskultur, viele sind hier ehrenamtlich aktiv und gestalten so unser Zusammenleben. Durch die Regierungsbeteiligung der SPD konnte hier einig erreicht werden und chronischer Sparpolitik ein Ende bereitet. Insbesondere der ländliche Raum muss jedoch noch stärker gefördert werden, in urbanen Umgebungen dürfen wir nicht zulassen, dass Kulturangebote durch Gentrifizierung bedroht werden. Es lohnt sich in **Kunst und Kultur** sowie unser Ehrenamt zu investieren! Wir setzen uns dafür ein:

- eine Sozialraumförderung analog der Kulturraumförderung zu schaffen
- die finanzielle und strukturelle Unterstützung für den Sport beizubehalten und perspektivisch auszubauen. Dazu gehört für uns auch der Bau von Radwegen und Kinderspielplätzen zur Sportförderung!
- die Bereitstellung von mehr Mitteln im Haushalt für die Förderung alternativer, interkultureller und feministischer Kultur- und Jugendangebote, besonders in den ländlichen Räumen.
- die Institution Ehrenamt zu stärken und den Ehrenamtspass entsprechend anzupassen und auszubauen.
- Lohngerechtigkeit auch im Kulturbetrieb zu sichern genauso wie prekäre und befristete Beschäftigung durch den Ausbau langfristiger Förderungen zu bekämpfen.
- geschlechtliche Parität in allen Rundfunkgremien zu erreichen.
- alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte obligatorisch mit einer maschinenlesbaren Untertitelspur zu versehen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache und Audiodeskription auszustatten. Außerdem sollen Webinhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung aller Webseiten an Braille-Ausgabegeräten.
- im Rahmen der Förderung von Vereinen und Initiativen nach dem Motto "Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser" zu verfahren. Die nicht projektbezogene Finanzierung sollte ausgebaut werden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sollte es durch weniger Misstrauen möglich sein, die Förderung leichter und schneller bewilligt zu bekommen.
-